



Der III. Deutsche Ärztetag hat eine öffentliche Debatte über heimliche Rationierung im Gesundheitswesen angestoßen.
Foto: ÄkNo/Altengarten

Zum richtigen Zeitpunkt

Für Ärztinnen und Ärzte ist die Erhaltung und Wiederherstellung der Gesundheit der Patienten oberstes Gebot ihres Handelns. Aus diesem Selbstverständnis heraus streiten sie für Freiheit und Unabhängigkeit in den ärztlichen Entscheidungen, die sie im individuellen Zusammenwirken mit dem einzelnen Patienten treffen möchten.

Wird dieser Freiheitsraum durch politische Entscheidungen übermäßig eingeengt, ist die Ärzteschaft gefragt, sich in die Politik einzumischen, müsste sie doch ihre berufliche Identität sonst ebenso aufgeben wie ihre Vorstellungen von einer verantwortungsvollen Patientenversorgung.

Letzteres hat sie aber keineswegs vor, wie beim III. Deutschen Ärztetag im Mai in Ulm deutlich wurde (siehe auch „Thema“ Seite 10). Nahezu drei Jahrzehnte der Kostendämpfungspolitik haben das deutsche Gesundheitssystem nach ärztlicher Diagnose in die Rationierung geführt. Mit ihren neuen gesundheitspolitischen Leitsätzen, dem „Ulmer Papier“, geht die Ärzteschaft dieses Thema nun erneut offensiv an.

Die Leitsätze benennen Defizite in der medizinischen Versorgung und skizzieren Perspektiven einer aus ärztlicher Sicht vernünftigen Gesundheitspolitik. Die Kernbotschaft des „Ulmer Papiers“ und der Satz des Ärztetagspräsidenten Professor Dr. Jörg-Dietrich Hoppe, dass nicht mehr „alles für alle bezahlbar“ sei, kamen für die öffentliche Diskussion zum richtigen Zeitpunkt.

So schreibt zum Beispiel der *Rheinische Merkur*: „Ärztammerpräsident Jörg-Dietrich Hoppe hat nur ausgesprochen, was ohnehin schon jedem klar war, der sich hin und wieder behandeln lassen muss: Längst sind nicht mehr alle Leistungen für alle bezahlbar ... Auch wenn die Zuständigen in Berlin gern mit den Fingern auf andere zeigen, so hat doch eine seit Jahren verfehlte Gesundheitspolitik die Krise verursacht.“

„Wohl selten war so viel Entschlossenheit der Mediziner gegenüber der Politik zu spüren wie jetzt in Ulm“, kommentiert die *Stuttgarter Zeitung*, „nach 20 Jahren mit hektischen Reformen und Maßnahmen zur Kostendämpfung hat Ärztepräsident Hoppe klargemacht, dass das Ende der Fahnenstange erreicht ist.“

Darum kommt auch Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt nicht herum. Beim Ärztetag jedenfalls warb sie um Zusammenarbeit und versprach, sich für eine bessere finanzielle Ausstattung der ambulanten ärztlichen Versorgung einzusetzen. Die Ärzteschaft hatte tags zuvor 4,5 Milliarden Euro zusätzliches Honorar für die Vertragsärzte ab dem Jahr 2009 gefordert.

Auch die Tarifsteigerungen in den Krankenhäusern hält die Ministerin für gerecht. Sie will daher vorschlagen, dass diese künftig wenigstens zum Teil von den Krankenkassen refinanziert werden.

Weitgehend unbemerkt geblieben ist eine bemerkenswerte Übereinstimmung zwischen Ulla Schmidt und der Ärzteschaft hinsichtlich der Finanzierungsbasis der Gesetzlichen Krankenversicherung. Beide halten eine Einbeziehung aller Einkommensarten, also auch der Kapitaleinkünfte, in die Bemessung des Krankenkassenbeitrags für richtig, weil die lohnbezogene Finanzierung an ihre Grenzen stößt.

Schmidts Auftritt in Ulm erinnerte manchen an einen Satz von Horst Seehofer. Der hatte als Gesundheitsminister 1993 mit dem „Gesundheitsstrukturgesetz“ die im Wesentlichen bis heute geltende knallharte Budgetierung eingeführt und dann 1998 festgestellt: „Die Zitrone ist ausgequetscht, das Sparen ist ausgereizt.“ Wenig später jedoch wurde die damalige Koalition abgewählt, so dass Seehofer seine Erkenntnis nicht mehr in Regierungspolitik umsetzen konnte.

Horst Schumacher
Chefredakteur